

# Energiepolitischer Spagat im Weißen Haus

Die Zukunft der Ölindustrie wird US-Präsident Barack Obama wohl auch nicht am Strand von Louisiana finden. Seit dieser Woche sind die Gerichte am Zug: Geht es nach dem Wunsch der Ölindustrie, so soll das Öl im Golf von Mexiko schon bald wieder sprudeln. Am vergangenen Dienstag hat ein Bundesgericht in New Orleans das sechsmonatige Moratorium auf Ölbohrungen, das die US-Regierung nach dem Unfall auf der „Deep Water Horizon“ verhängt hatte, aufgehoben. Laut Richter Martin Feldman überwiegen die wirtschaftlichen Interessen der Golfregion einen Bohrstop. Von einer schadhafte Ölplattform kön-

ne nicht darauf geschlossen werden, dass auch andere schadhafte seien, so Feldmans Begründung. 32 Dienstleister aus der Ölindustrie hatten gegen das Moratorium geklagt. Nun will das Weiße Haus laut Innenminister Ken Salazar erneut ein Moratorium erlassen.

**IHRE MEINUNG AN:**  
ANNA OFFNER  
anna.offner@wirtschaftsblatt.at

**Profiteur.** Bürgerrechtsgruppen bezweifeln jedoch, dass bei besagtem Urteil in New Orleans alles mit rechten Dingen zugegangen ist. So investiert Richter Feldman laut der Webseite [judicialwatch.org](http://judicialwatch.org) in Energieunternehmen und be-

sitzt unter anderem auch Aktien von Transocean, dem Unternehmen, das die Bohrinself „Deep Water Horizon“ an BP vermietet hat.

**Balanceakt.** Ein Rückblick auf die bisherige Präsidentschaft Obamas zeigt den Versuch eines Spagats zwischen Klimaschutz und den Interessen der Energieunternehmen. So wurde zu Jahresbeginn in Washington beschlossen, künftig den Bau neuer Atomkraftwerke stärker zu fördern, und zwar als Teil der US-Umweltstrategie. Mitte März, nur wenige Wochen vor dem Unfall auf der besagten BP-Bohrinsel „Deep Water Horizon“ im Golf von Mexiko, wurden neue Regionen vor der ame-

rikanischen Küste für Ölbohrungen freigegeben, um die USA unabhängiger von Öleinfuhren zu machen.

**Lehren.** Jüngste Zeichen deuten auch auf eine Abkehr von fossilen Brennstoffen hin: In seiner Rede an die Nation verspricht Obama eine Energiewende. Jetzt muss sich aber erst zeigen, ob die Katastrophe in Louisiana tatsächlich dazu führt, dass Obama Nägel mit Köpfen macht.



BEATRICE  
BÖSIGER

beatrice.boesiger@  
wirtschaftsblatt.at

## GASTKOMMENTAR

### Die Reichen zahlen – dass ich nicht lache...

Der Tod der stummen Mitte steht bevor, weil entsprechend dem üblichen Mittelstands-Hinrichtungs-Ritual weder die Reichen noch die Armen zahlen. Im medial aufbereiteten Mittelstands-Hinrichtungs-Spektakel läuft seit vielen Jahren die gleiche Ritualisierung und Dramaturgie in 3 Akten:

**1. Akt:** Öffentliche Aufreger wie beispielsweise die Börsenspekulanten bedrohen Währungen und Branchen. Fazit: Politiker verschulden ihre Staaten rettungslos, Konzerne verursachen Leid und Katastrophen ohne Konsequenzen, oder ein erfolgloser Manager streift trotz offenkundiger Fehlleistungen eine fette Abfertigung ein und hinterlässt Budgetlöcher.

**2. Akt:** Große Lobbys schützen ihre Klientel, die an den Ursachen der im



WOLFGANG LUSAK  
Unternehmensberater

ersten Akt genannten öffentlichen Aufreger. Häufig an der Krise beteiligte Konzern-Manager erpressen mit dem „too big to fail“-Anspruch Milliarden-Zuschüsse vom Staat oder Freisprüche von jeglicher Verantwortung. Fazit: Die oft ebenso involvierten Mehrheits-Politiker rufen nach einer Mindestsicherung und nach einer vermehrten Besteuerung der „Reichen“, was ihnen die Zustimmung naiver Wählermehrheiten verschafft.

**3. Akt:** Der Mittelstand löffelt die Suppe aus – also diejenigen, die wirklich arbeiten, Innovation schaffen und mit regio-

naler Nachhaltigkeit unser aller Leben schützen. Sie werden zur Kassa geben, obwohl sie weder spekuliert, noch sich verschuldet, noch Menschen oder Umwelt etwas angetan haben. Einfach deshalb, weil sie trotz aller „Mittelstands- und KMU-Lippenbekenntnisse“ der Politik keine wirklich funktionierende Lobby haben.

**Welttheater-Kritik:** Der Tod der stummen Mitte steht bevor und damit die Auflösung des Rückhalts und Kerns der gesamten westlichen Gesellschaft. Auch wenn der Vergleich nicht neu ist: Das alte Rom ist nicht wegen „äußerer Feinde“ untergegangen, sondern weil die superreiche, aristokratische Oberschicht die permanenten „Brot & Spiele“-Beruhigungen für die Massen zu lange auf dem Rücken des staatstragenden Bürgertums ausgetragen hat und die „Res Publica“ vergessen hatte.

und Verleger: WirtschaftsBlatt Verlag AG, Geiselbergstraße 15, 1110 Wien, Tel: 01/60117-0. Vorstand: Dr. Hans Gasser (Vorsitz), Dr. Wolfgang Unterhuber. Chefredakteur: Dr. Wolfgang Unterhuber, Stv. Chefredakteurin: Dr. Esther Mitterstieler. ANZEIGEN – DW 200, Fax 363. VERTRIEB - Leitung: Regina Giller (Prok.), E-Mail: [anzprod@wirtschaftsblatt.at](mailto:anzprod@wirtschaftsblatt.at). Hersteller: Druck Styria GmbH & Co KG, Graz. Einzelhandelsvertrieb: Morawa Pressevertrieb GmbH & Co. KG, Wien, Mailadressen: (Fotoredaktion), [irc@wirtschaftsblatt.at](mailto:irc@wirtschaftsblatt.at) (Info Research Center), [anzeigen@wirtschaftsblatt.at](mailto:anzeigen@wirtschaftsblatt.at) (Anzeigenabteilung), [abo@wirtschaftsblatt.at](mailto:abo@wirtschaftsblatt.at) (Abonnements). Archiv: 00, BLZ 12000. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Grafiken keine Gewähr. Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs. 1 UrhG. Einzelpreis: Montag bis Freitag € 2,00, Jahresabo: € 385,00, monatliche Zahlung: € 34,90, 2-Monate-Start-Abo: € 19,50, Studentenabo: € 223,00, wenn möglich.

Mitglied der Media-Analyse, LAE und ÖWA - ÖAK-geprüfte Auflage. Internet: [www.wirtschaftsblatt.at](http://www.wirtschaftsblatt.at)

Wirtschaftsblatt 24.6.2010